


Pressemitteilung

Weltflüchtlingstag: Der Status Quo darf nicht so bleiben, das Sterben auf dem Mittelmeer muss ein Ende haben.

Anlässlich des Weltflüchtlingstages erinnert die stellvertretende Parteivorsitzende und Landtagskandidatin Stefanie Minkley an den furchtbaren Status Quo an den Grenzen der EU, der nicht so bleiben darf: Menschen sterben im Mittelmeer, weil es keine staatliche Seenotrettung und keine sicheren Fluchtrouten mehr gibt, allein diese Woche wieder über 600 Menschen. Frontex führt als Europäische Agentur illegale Pushbacks durch. Menschen hausen jahrelang unter menschenunwürdigen Zuständen in Lagern an europäischen Grenzen. Dazu sagt sie: „Diese Zustände sind nicht länger tragbar. Das Sterben auf dem Mittelmeer muss ein Ende haben.“

Bezogen auf den GEAS-Kompromiss stellt Minkley fest: „Es wurden wichtige Fortschritte festgehalten: Es ist gut, dass gemeinsame Mindeststandards für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Schutzsuchenden gelten sollen und das Asylrecht als individuell einklagbares Schutzrecht bleibt.“ Sie macht aber klar: „Prüfverfahren an den Außengrenzen sind nicht das, was wir uns als Sozialdemokrat:innen unter einer optimalen Asylpolitik vorstellen. Der GEAS-Kompromiss muss als das gesehen werden, was er ist: Ein Kompromiss zwischen europäischen Staaten, von denen einige bereits demokratische Grundüberzeugungen verloren haben. Dass Nancy Faeser mit anderen EU-Mitgliedstaaten schwer darum kämpfen musste, dass unbegleitete minderjährige Geflüchtete von den Grenzverfahren ausgenommen werden, zeigt, welche menschenverachtenden Ansichten einige Staaten haben.“

Minkley fordert: „Nun muss im Trilogverfahren sichergestellt werden, dass alle Minderjährige, auch begleitete, auf keinen Fall in Lager an den Außengrenzen festgehalten werden dürfen und auch vulnerable Gruppen (Menschen mit Behinderung, Queere Menschen und weitere) als Ausnahmen von den Schnellverfahren an den Außengrenzen gelten. Faire Bedingungen der Schnellverfahren bei Menschen aus Staaten mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit ist unbedingte Voraussetzung der neuen Regelung. Kirchenasyl muss weiter möglich sein. Illegale Pushbacks müssen verhindert und die Zustände der Lager für die Schnellverfahren streng kontrolliert werden. Hierzu muss eine Beobachtung durch die Öffentlichkeit, Presse, NGOs und Parlamentarier:innen immer möglich sein.“



Die SPD Hessen hat bei ihrem Parteitag am Samstag einen ausführlichen Antrag hierzu beschlossen, der auch die Forderung nach sicheren Fluchtrouten und einer modernen Migrationspolitik erneut stark macht. Die SPD Hessen fordert die Landesregierung auf die Kommunen besser darin zu unterstützen eine humane Unterbringung von Geflüchteten zu ermöglichen.

In Solidarität mit der Forderung der Seebrücke Frankfurt erklärt Minkley abschließend: „Zivile Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden. Wir bekennen uns zur Forderung nach einer staatliche Seenotrettung. Die Stadt Frankfurt legt mit der von der Römerkoalition beschlossenen 20.000 Euro Förderung für Sea Eye einen Grundstein. Das kann nur der Anfang sein die Bezeichnung Sichere Hafenstadt nun auch mit konkreten Maßnahmen zu erfüllen.“